

Italien auf dem Weg in die Telekratie? Ein Land nach den Wahlen

von Georg Mackrodt

Wie kaum zwei andere Länder in Europa sind Deutschland und Italien durch das Ende des Kalten Krieges in ihrem Innern erschüttert worden, hatten sie doch beide entschieden mehr unter seinen Auswirkungen zu leiden als ihre westeuropäischen Nachbarn. Wurde Deutschland letztlich mit Duldung aller Alliierten nach dem II. Weltkrieg politisch-geographisch in zwei dem jeweils anderen Lager zugehörige Staatsgebilde zerschnitten, so ging der tiefe Riß unsichtbar auch durch die italienische Gesellschaft. Ein treffender Witz sprach von den beiden wahren italienischen Hauptstätten: Vatikan und Moskau. Vertrat die Democrazia Cristiana, die große Volkspartei der italienischen Christdemokraten, den Teil der Bevölkerung, dessen größte Sorge in der Verhinderung der kommunistischen Sowjetisierung ihres Landes bestand, so waren es die Kommunisten der PCI (Partito Comunista Italiano), die ihrerseits - vor allem aus der Tradition der antifaschistischen "resistenza" mit großen Wählermassen und beachtlichem Erfolg - der ungestümen kapitalistischen Entwicklung all'italiana sozialpolitische Steine in den Weg legten. Italiens Nachkriegsgeschichte ist zuallererst dieser Polarisierung der politischen Kräfte geschuldet. Alle anderen politischen Parteien einschließlich der Sozialisten, Sozial- und Liberaldemokraten sowie vieler kleiner anderer Gruppierungen waren - stark verkürzt gesagt - nichts anderes als parlamentarische Mehrheitsbeschaffer für mehr oder weniger konsensfähige Regierungen gegen die kommunistische Opposition.

Die frühzeitige Abgrenzung der italienischen Kommunisten von Moskau hatte also nicht nur gewichtige ideologische Gründe, sondern war auch das Ergebnis ganz pragmatischer Überlegungen. Mit dem orthodoxen Sozialismusmodell moskautreuer Parteiideologen war auf Dauer kein Blumenstrauß zu gewinnen. Ein kommunistisch regiertes Italien in der NATO dürfte zu den schlimmsten Alpträumen westeuropäischer Politiker der 70er Jahre gehört haben.

Alle Versuche der Kommunistischen Partei Italiens, auch der "historische Kompromiß" Enrico Berlinguers, die Macht der Christdemokraten nicht nur in den mittleren Regionen und einer Vielzahl von Kommunen, sondern auch in Rom zu brechen, scheiterten an der Furcht der anderen linken Parteien vor dem real existierenden Sozialismus, vor dem Hinüberdriften in den Machtbereich Moskaus. Das runde halbe Hundert Regierungen der Ersten Republik seit Kriegsende bis heute war in der Regel nichts anderes als ein Karussell, auf dem die gleichen Kräfte, die gleichen Personen um das Machtzentrum kreisten. Ständig neue Kompromisse, nichts bis zu Ende gebracht, alles auf halbem Wege steckengeblieben: Diese politische Kunst hat über vier Jahrzehnte ihre Früchte getragen. Doch die wurden schließlich immer fauler.

50 Jahre Macht in den gleichen Händen hat in Italien zu einer besonderen Spezies der Filzokratie geführt, die in der in den letzten Jahren aufgedeckten und mit erstaunlicher Konsequenz verfolgten "Tangentopoli" gipfelte. Kein anderes Land in Europa ist so sehr von üblen Verstrickungen von Wirtschaft und Politik gebeutelt wie Italien (oder besser: In keinem anderen Land sind sie bisher in vergleichbarer Weise ans Licht gebracht worden!). Im korrupten Orchester von Parlamentariern, Politikern, großen und kleinen Wirtschaftsbossen spielte die sizilianische Mafia nicht nur die erste Geige, sie griff schließlich nach dem Stab. Kaum eine Gemeinde blieb von den Skandalen verschont, und fast die Hälfte der eben aus der parlamentarischen Immunität des Palazzo Montecitorio entlassenen Volksvertreter muß mit Ermittlungen oder gar Haft rechnen.

Italien war und ist jedoch zwiefach geteilt: Nicht nur die Links-Rechts-Polarisierung machte dem Land zu schaffen, vielmehr leidet es noch heute unter dem Nord-Süd-Gefälle und den damit verbundenen politischen und sozialen Folgen. Es gab seit dem Risorgimento, der Wiedererrichtung der italienischen Monarchie unter Vittorio Emanuele aus dem Hause Savoyen und der Schaffung eines einheitlichen Nationalstaates im Jahre 1866, tatsächlich zwei Italien: den entwickelten Norden und den rückständigen Süden, den Mezzogiorno, der auch kulturell große Unterschiede zum Norden aufweist. Alle Regierungsprogramme in Vergangenheit und Gegenwart konnten den Zustand nicht ändern. Unzählige Süditaliener wanderten mit Beginn der Industrialisierung und vor allem mit der stürmischen Nachkriegsentwicklung in den Norden ab und bilden dort heute das Arbeitskräftereservoir der großen Industriezonen um Mailand und Turin. Der Süden verödete mehr und mehr. Die Funktion des Staates haben die Mafia und andere Geheimbünde weitgehend übernommen, die ihre Territorien politisch und wirtschaftlich kontrollieren. Milliardenbeträge für Subventionen und Soforthilfen flossen in die Taschen der Mafia und - vereint mit den Geldströmen aus Waffen- und

Drogenhandel - auf Schweizer oder Luxemburger Konten, um so gewaschen wieder in den italienischen oder - inzwischen - europäischen Geldkreislauf zurückzukehren.

Die Mafia hatte zu Beginn der 90er Jahre die italienische Wirtschaft und die Politik weitgehend in der Hand, sie ist in Mailand tätig wie in Palermo. Kein großer öffentlicher Auftrag an die Industrie blieb ohne Beteiligung der Mafia. Doch auch unabhängig von der Mafia wurden von Unternehmen Schmiergelder skrupellos zur Auftragsakquisition eingesetzt. Die Erläuterung dieses feinmaschigen Netzes und der raffinierten Methoden würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen.

Doch mutige Staatsanwälte und Richter sowie einige wenige Politiker, darunter der Gründer der Anti-Mafia-Partei "La Rete" (Das Netz) und Bürgermeister von Palermo, Leoluca Orlando, erklärten der Mafia und der allgemeinen Schmiergeldpraxis offen den Krieg, der inzwischen nicht wenige Opfer gefordert hat. Es sei nur an die Palermitaner Ermittlungsrichter Falcone und Borsellino erinnert, die mit minutiöser Genauigkeit von der Mafia und eigens eingeflogenen Spezialisten in die Luft gesprengt worden sind.

Die schonungslose Aufdeckung der skandalösen Schmiergeldpraxis konnte nicht ohne politische und wirtschaftliche Folgen bleiben. In wenigen Monaten kamen die öffentlichen Aufträge fast vollständig zum Erliegen, teils, weil tangenti (Schmiergelder) im jeweiligen Vorgang nachgewiesen werden konnten, teils, weil die allgemeine Verunsicherung in Politik und Wirtschaft neue Aufträge verhinderte. So ruhen Großbaustellen für öffentliche Gebäude, Brücken und Straßen, die Werftindustrie steht vor dem Ruin, ebenso andere Großunternehmen. Übler noch sind jedoch die kleinen und mittelständischen Betriebe dran, denn sie haben als Nachauftragnehmer kaum wirtschaftlichen Spielraum. Die Folgen sind Tausende von Konkursen, Kurzarbeit und Entlassungen. Kaum eine italienische Arbeiterfamilie bleibt verschont.

Was nimmt es wunder, daß die italienische Öffentlichkeit nach Veränderung schrie. Das parlamentarische System der sogenannten Ersten Republik war mit Beginn der 90er Jahre zerrüttet, das komplizierte Verhältniswahlrecht hatte sich überlebt, hatte letztlich auch seine Funktion, die Machtübernahme der Linken und die Sowjetisierung Italiens zu verhindern, endgültig verloren. Aus der einstmals von den einen so gefürchteten und von den anderen so geliebten KPI war eine PDS (Partito Democratico della Sinistra - Demokratische Linkspartei) unter Achille Occhetto geworden, die heute gleichberechtigt in der Sozialistischen Internationale neben der SPD oder den schwedischen Sozialisten sitzt.

Zugleich war das Vertrauen in Politik und Politiker auf Null gesunken. Die Italiener empfanden sogar eine Art nationaler Scham über die skandalösen Vorgänge in und um die Schaltstellen staatlicher und parlamentarischer Macht, auch wenn ihnen sonst die "Zentrale" ziemlich gestohlen bleiben kann. Doch nicht nur die war angefault, auch in den Regionen, Provinzen und Kommunen stank es gen Himmel. Die sind den Lombarden, Venetern, Toskanern, Apuliern, und wie sie alle heißen mögen, schon sehr viel näher...

Italien stand somit vor einer Wende, Revolution gar. Eine Zweite Republik, ein neues Wahlsystem zur Änderung der Mehrheitsverhältnisse, neue Köpfe und Ideen sollten her, Persönlichkeiten und politische Gruppierungen, die der Tangentopoli und der allgegenwärtigen Mafia entschieden den Kampf ansagen. Sauber sollten sie sein, mit reiner politischer Weste und gefeit gegen jegliche pekuniäre Versuchung.

Man änderte nach jahrelangem Hin und Her 1993 vorsichtig das Wahlgesetz. Aus dem Verhältniswahlrecht mit bis zu vier Präferenzstimmen, das nicht nur zu einer Vielzahl kleiner Fraktionen im Parlament geführt, sondern auch den Stimmenkauf erleichtert hatte, wurde ein dem britischen Mehrheitswahlrecht angenähertes System, das die großen Parteien und Wahlbündnisse stärken sollte. Damit war die Voraussetzung für neue Mehrheitsverhältnisse gegeben. Schon die letzten Bürgermeisterwahlen, Probe sozusagen für die Parlamentswahlen im März, aber nach anderem Modus, führten zu politischen Erdbeben. In Neapel siegten um ein Haar die Neofaschisten. Die zweite große traditionelle Nachkriegspartei löste sich daraufhin auf, und aus der Christlich-Demokratischen Partei wurde wieder die Volkspartei (Partito Popolare Italiano), wobei sich ein radikalreformerischer Flügel als Christliche Zentrumspartei (CCD) abspaltete. Alter Wein in neuen Schläuchen: Die Wähler erteilten der PPI am 27. März 1994 eine entschiedene Abfuhr. Der Trick war zu offensichtlich. Mit nur 12 Prozent statt satter 30 bis 53 Prozent bei den Wahlen 1992. Die Sozialisten erreichten landesweit statt 12 bis 15 Prozent gar nur noch 2,8 Prozent - die Affären des Bettino Craxi haben die Partei in die Bedeutungslosigkeit gestürzt.

Alles sollte nach den Wahlen anders werden, doch scheinen dem äußeren Anschein nach auch in der eben geborenen Zweiten Republik "italienische Verhältnisse" zu herrschen. Das neue Wahlsystem hat zwar die Parteienlandschaft in den beiden Kammern des Parlaments in Rom völlig durcheinandergewirbelt, doch eine wirklich neue politische Kräfteverteilung ist nicht auszumachen, ungeachtet der absoluten Mehrheit des Rechtsbündnisses "Pol der Freiheiten" und der deutlichen Niederlage der "Progressisten" unter Führung der PDS.

Eine tatsächlich neue politische Kraft in Italien sind die regionalistischen Ligen im wirtschaftlich starken Norden und deren Bündnis, die Lega Nord unter Umberto Bossi. Zu Unrecht wird diesen "Parteien" unmittelbare Nähe zu den Neofaschisten unter Fini vorgeworfen, auch wenn mitunter xenophobe Töne nicht zu überhören sind. Vielmehr ist das erklärte Ziel der Legisten die Umwandlung des italienischen Zentralstaates in einen föderalen Bundesstaat etwa nach deutschem Vorbild. Die regionalen Interessen stehen nicht von ungefähr im Vordergrund: Immerhin produziert die Lombardei etwa die Hälfte des italienischen Bruttosozialprodukts, doch die zentralstaatliche Gesetzgebung läßt nur wenig Spielraum für die regionale Entwicklung. Das Modell Bossis ist einfach: Wo man gut arbeitet und wirtschaftet, da soll man auch gut leben. Wer das nicht tut, soll sehen wo er bleibt. Damit würden die jahrzehntelangen (meist vergeblichen) Versuche der italienischen Regierung, den Süden des Landes wirtschaftlich und sozial an die Mitte und den Norden heranzuführen, endgültig zum Scheitern verurteilt. Es gibt allerdings nicht wenige, die meinen, daß eine solche Gewaltkur dem Mezzogiorno nur nützlich sein könne, da dort künftig nicht der Kampf um Subventionen, sondern wieder um Marktanteile geführt würde.

Die Neofaschisten der Alleanza Nazionale (ehemals MSI - Movimento Socialista Italiano) hingegen sind selbstverständlich Anhänger eines straff organisierten Nationalstaates der Italiener, gegen alle Versuche der Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft. Es wäre jedoch zu einfach, italienischen Neofaschismus (oder Postfaschismus) mit den italienischen Nazi-Skinheads gleichzusetzen. Seine Traditionen rühren aus dem faschistischen Italien Mussolinis, das mit den deutschen Erfahrungen der NS-Zeit zwar viele offensichtliche Parallelen gemein hat, doch ebensoviele Divergenzen aufweist.

Der Dritte im Bunde und Gründer der Forza Italia sowie Initiator des Rechtsbündnisses ist Silvio Berlusconi, der italienische Medienzar, der eine Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften sowie drei Fernsehstationen, ja sogar einen bekannten Mailänder Fußballklub besitzt. In nur wenigen Wochen hat er unter konsequenter Nutzung dieser Möglichkeiten eine durch und durch populistische Bewegung auf den Weg gebracht, die mit deutlichem Abstand die Wahlen gewonnen hat. Seine Fähigkeit, die Öffentlichkeit mit Hilfe seiner Medien beeinflussen oder gar manipulieren zu können, hat er überzeugend unter Beweis gestellt. Es gibt kaum noch Zweifel, daß der erste Ministerpräsident der Zweiten Republik Berlusconi heißen wird, obwohl an den politischen Erfahrungen des "Wirtschaftskapitäns" in der italienischen Öffentlichkeit größte Zweifel bestehen. So wie der Wahlkämpfer Berlusconi seine Medien, ob Fernsehen oder Zeitungen, geschickt eingesetzt hat, wird gewiß auch der Regierungschef Berlusconi die öffentliche Meinung unmittelbar über seine Tageszeitungen, Zeitschriften und drei Fernsehprogramme direkt in seinem Sinne beeinflussen, was viele italienische Demokraten, die sich vehement für die Schaffung der Zweiten Republik eingesetzt hatten, mehr als bedenklich stimmt, und sie warnen vor der Pervertierung der Demokratie zur Telekratie ...

Silvio Berlusconis Unternehmen sind übrigens hochverschuldet. Und der in Aussicht gestellte Verkauf seines Imperiums wird von vielen Italienern nur als ein Scheinmanöver betrachtet, das seine politische und moralische Integrität aufpolieren soll.

Das Wahlergebnis spiegelt die tiefe Krise der italienischen Gesellschaft, des italienischen Staates deutlich wider: Stärkste Partei wird Berlusconis Forza Italia, die scheinbar neue politische Kraft, auf die sich die Hoffnungen der Wählermehrheit konzentriert haben. Dicht auf den Fersen folgen die ehemaligen Kommunisten der PDS unter Achille Occhetto. Dessen Anhänger sind tief enttäuscht, denn die PDS konnte im Landesdurchschnitt zulegen, ging in den mittellitalienischen Regionen Emilia Romagna, Toskana, Umbrien und Marken (im "Roten Gürtel") als Sieger hervor, doch obwohl sie landesweit fast ein Fünftel aller Stimmen auf sich vereinen konnte, geht sie bei der Regierungsbildung wiederum leer aus.

Die Ergebnisse sind regional sehr unterschiedlich, und manches gibt zu denken. Etwa, daß die Neofaschisten in Kampagnen und Neapel Wahlsieger wurden mit mehr als 20 Prozent, und daß die Forza Berlusconis ausgerechnet in Sizilien ihr bestes Wahlergebnis hatte: Jeder dritte Sizilianer wählte Berlusconi, während die ehemaligen Christdemokraten, die zuvor alle Wahlen, zuletzt mit mehr als

40 Prozent für sich entscheiden konnten, schlagartig auf weniger als 9 Prozent abstürzten. Es wurde in der Vergangenheit immer über Stimmenkauf der Mafia für die regierende Democrazia Cristiana gemunkelt und manches bewiesen. Ist die Mafia etwa schon wieder auf Brautschau?

Was viele Linke erhofft hatten, ist bislang nicht geschehen, nämlich der Bruch des Wahlbündnisses der Forza Italia mit der Lega Nord und den Neofaschisten. Die eigentlich unüberbrückbaren Interessengegensätze der regionalistischen Lega Nord unter Umberto Bossi und der zentralistischen Alleanza Nazionale unter dem Politprofi Gianfranco Fini konnte Berlusconi wider Erwarten taktisch überspielen, nachdem Bossi seine Ansprüche auf den Stuhl des Ministerpräsidenten zunächst hintangestellt hatte. Man wird abwarten müssen, ob Berlusconi seine Regierungsmannschaft allein aus den eigenen Reihen bilden können: Er hat bereits bei den ehemaligen Christdemokraten angeklopft und wäre bereit, bestimmte "technische" Ministerien an den Wahlkampfgegner abzugeben, um die absolute Mehrheit seines Wahlbündnisses in der Abgeordnetenkammer weiter auszubauen und im Senat zu erlangen. Bei den Präsidentenwahlen zu beiden Kammern hat man die eigenen Kandidaten bereits durchgebracht. Mit einem Novum: An der Spitze der Abgeordnetenkammer im Palazzo Montecitorio steht erstmals ein Abgeordneter der Lega Nord, erstmals ein Frau, 31 Jahre alt und streng katholisch und "ein bißchen" antisemitisch...

Der Autor

Georg Mackrodt, Jahrgang 1948, ist Geschäftsführer der Deutsch-Italienischen Gesellschaft in Thüringen und Leiter der Europäischen Sommerakademie Weimar.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 15/ 1994,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>